



Protokollauszug

aus der
34. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 07.12.2022

öffentlich

**Top 6.19 Initiative des Bundespräsidenten unterstützen ? Wohnungslosigkeit verhin-
dern
22/SVV/0824
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag in einer neuen Fassung **zuzustimmen**, die anschließend zur Abstimmung gestellt wird:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekonzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann.

Das neue Wohnungsnotfallhilfekonzept soll bis März 2024 vorliegen.



BESCHLUSS
der 34. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 07.12.2022

Initiative des Bundespräsidenten unterstützen – Wohnungslosigkeit verhindern
Vorlage: 22/SVV/0824

Um Menschen in Potsdam vor drohender oder bereits existierender Wohnungslosigkeit zu bewahren, wird der Oberbürgermeister gebeten, eine Fortschreibung des aus dem Jahr 2013 stammenden Wohnungsnotfallhilfekzeptes zu veranlassen und dabei zu prüfen, inwieweit das Konzept „Housing First“ dabei integriert und umgesetzt werden kann.

Das neue Wohnungsnotfallhilfekzept soll bis März 2024 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 13. Dezember 2022

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel